

3. Die Außenhandelsgesellschaften verfügten nicht über ausreichende Finanzmittel zum Ankauf von Exportgütern.
4. Der starke Kursverlust der chinesischen Währung auf den Devisen-Swapmärkten setzte die Außenhandelsgesellschaften einem zweifachen Druck aus. Einerseits forderten die inländischen Anbieter eine Preiserhöhung, andererseits verlangten die ausländischen Handelspartner eine Reduzierung der Preise.
5. Aufgrund der Transportengpässe konnte die fristgerechte Verschiffung von einigen Exportgütern nicht eingehalten werden.
6. Die Erhöhung der Exporte wurde aufgrund nicht durchgesetzter Maßnahmen zur Förderung der Ausfuhren, wie beispielsweise das System der Ausfuhrerstattung, behindert.
7. Ein Teil der Außenhandelsunternehmen hat sich den veränderten Bedingungen der sozialistischen Marktwirtschaft noch nicht anpassen können und vernachlässigte Wettbewerb und Deviseneinnahmen.
8. Der Außenhandel wurde durch ineffiziente und nachlässige Implementation makroökonomischer Kontrolle und Koordination beeinträchtigt.

Bis Ende dieses Jahres rechnet MOF-TEC jedoch trotz dieser Probleme damit, daß sich die Exporte wieder erholen und sich eine gesamte Zuwachsrate bei den Ausfuhren von 11,7% realisieren läßt. (XNA, 28.7.93; CD, 28.7.93) -schü-

Binnenwirtschaft

*(24)
Wirtschaftsentwicklung 1. Halbjahr 1993

Die *Jingji Ribao* veröffentlichte am 20.7.93 den Bericht des Staatlichen Statistikamtes zur Wirtschaftsentwicklung im 1.Halbjahr 1993. Wie der

Sprecher des Amtes, Zhang Zhongji, erklärte, würden die kürzlich vom ZK und vom Staatsrat beschlossenen Maßnahmen bereits erste Erfolge zeigen. So seien die Preise für Produktionsgüter wie beispielsweise Stahl gefallen, der Wechselkurs auf den Devisen-Swapmärkten zeige einen verbesserten Trend, spekulative wirtschaftliche Aktivitäten hätten beschränkt werden können, und die privaten Spareinlagen seien wieder gestiegen. Obwohl das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte geringfügig zurückgehen werde, sei mit einer Zuwachsrate von insgesamt 12% für das gesamte Jahr zu rechnen.

Bruttoinlandsprodukt (BIP):

Das schnelle Wachstumstempo der Gesamtwirtschaft hielt auch in der ersten Hälfte d.J. unvermindert an. Das BIP wies eine reale Wachstumsrate von 13,9% aus.

Industrieproduktion:

Der Zuwachs des industriellen Bruttoproduktionswertes (BPW) belief sich im 1.Halbjahr 1993 auf 25,1%; allein im Juni erhöhte sich die Industrieproduktion um 30,2%. Die Industrieproduktion in Guangdong, Hainan, Zhejiang und Jiangsu soll im Juni um jeweils mehr als 40% gestiegen sein; die Zuwachsrate in Shandong betrug 57,7%. Während sich der Produktionswert der Staatsindustrie um rund 10% erhöhte, betrug die Zunahme des industriellen BPW der kollektiveigenen Unternehmen 45% und der übrigen Unternehmen einschließlich der privaten Betriebe 69,4%. (SCMP, 9.7.93; Shandong People's Broadcasting Station in Standard Chinese, 8.7.93, in SWB, 4.8.93)

Gleichzeitig mit dem schnellen Wachstum der Industrieproduktion soll sich die wirtschaftliche Effizienz verbessert haben. Der Index zur Effizienzmessung in der Industrie betrug 96,4 - ein Anstieg um 13,8 Punkte. Allerdings schlug sich die Effizienzverbesserung vor allem in den Industriezweigen wider, die durch die Ausweitung der Produktion und durch relativ hohe Preissteigerungen begünstigt wurden, wie beispielsweise in der Eisenverhüttung und Baustoffindustrie. Dagegen war die wirtschaftliche Effizienz in den meisten Industriezweigen relativ niedrig, vor allem in den staatseigenen Unternehmen. Der Anteil der Verluste machenden Betriebe betrug 31%, ein Rückgang um lediglich 0,9 Punkte gegenüber der Vorjahresperiode.

Einzelhandel:

Der Einzelhandelsumsatz stieg im ersten Halbjahr 1993 um 21,6% im Vergleich zur Vorjahresperiode und betrug 639 Mrd.Yuan. Die reale Wachstumsrate wird mit rund 10% angegeben.

Knappheiten und Engpässe:

Zhang Zongji wies in seinem Bericht darauf hin, daß Knappheiten bei Stahlerzeugnissen und beim Elektrizitätsangebot existierten. Fehlende Frachtkapazitäten im Eisenbahntransport sowie Kapitalmangel würden außerdem die Betriebsabläufe in den Unternehmen behindern. Aufgrund der reduzierten Investitionen für den landwirtschaftlichen Sektor und der unzureichenden Implementation der wirtschaftspolitischen Vorgaben zur Stärkung der Landwirtschaft würden Wachstumssteigerungen in diesem Sektor weiter schwierig bleiben.

Anlageinvestitionen:

Im 1.Halbjahr machte der Wert der Anlageinvestitionen 354,2 Mrd.Yuan aus, eine Zunahme um 61% gegenüber der Vorjahresperiode. Die Investitionen staatlicher Einheiten beliefen sich auf 219 Mrd.Yuan, ein Anstieg um 70,7%. Sollte das Wachstumstempo der Anlageinvestitionen unverändert weitergehen, wird mit einer Erhöhung der Investitionen auf 1.000-1.200 Mrd. Yuan bis Ende des Jahres gerechnet, weit mehr als der Planansatz von 800 Mrd.Yuan für 1993 vorsieht.

Als Gründe für das starke Wachstum der Anlageinvestitionen nannte das Statistikamt:

- Einige Regionen nutzten die Gelegenheit, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen.
- Die Entscheidungs- und Genehmigungsrechte über Anlageinvestitionen wurden stark dezentralisiert, während Kontroll- und Restriktionsmechanismen noch nicht bestehen.
- Die Marktkräfte nahmen an Bedeutung zu, und die Auslandsinvestitionen erhöhten sich in bedeutendem Umfang.
- Die unregelmäßige Kapitalbeschaffung auf dem Finanzmarkt erhöhte sich, und die Bankkredite stiegen beträchtlich.

Einkommen:

Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Städter für Konsumaus-

gaben (*shenghuafei shouru*) stieg im 1.Halbjahr 1993 im Vergleich zur Vorjahresperiode um 28% und belief sich auf 1.116 Yuan. Nach Berücksichtigung von Preissteigerungen machte die reale Zunahme 13,5% aus. Die ländliche Bevölkerung wies dagegen eine nominale Einkommenssteigerung von rund 18% des Pro-Kopf-Bareinkommens (*xianjin shouru*) auf, die reale Zunahme betrug rund 7%. Das Pro-Kopfeinkommen der ländlichen Bevölkerung belief sich auf 423 Yuan. Die Spareinlagen der städtischen und ländlichen Bevölkerung erhöhten sich trotz der Zunahme von Obligationen- und Aktienkäufen noch um 124,4 Mrd. Yuan im Vergleich zu Beginn des Jahres. (JJRB, 20.7.93)

Der Anstieg der Einkommen wird dem Staatlichen Statistikamt zufolge auf folgende Gründe zurückgeführt:

- Mit dem schnellen Wachstumstempo der Wirtschaft erhöhten sich auch die Löhne und Gehälter,
- die Steigerung der Einkommen ist auf die beträchtliche Zunahme aus lohnfremden Einkommensarten zurückzuführen und
- die Einkommenserhöhung resultiert aus der Ausweitung der Einkommensgruppen mit hohen Einkommen aus privater Unternehmertätigkeit und Beschäftigung in sino-ausländischen Unternehmen.

Nach Angaben des Sprechers des Staatlichen Statistikamtes wurden die Preise für Getreide und Speiseöl in über 90% der Regionen Chinas dereguliert. Außerdem wurden die Preise für Eisen- und Stahlprodukte sowie für Kohle freigegeben und Preisanpassungen bei Schweröl vorgenommen. (Xinhua News Agency in English, 19.7.93; in SWB, 20.7.93)

Inflation:

Nach Schätzungen des Staatlichen Statistikamtes stiegen die Lebenshaltungskosten im 1.Halbjahr 1993 um 12,5% durchschnittlich im Vergleich zur Vorjahresperiode. In den städtischen Gebieten betrug die Zunahme durchschnittlich 13%, in den 35 großen Städten machte sie 17,4% aus und in den ländlichen Gebieten 11,5%. Gleichzeitig erhöhte sich der Einzelhandelspreisindex landesweit um durchschnittlich 10,5%. (Xinhua News Agency, in English, 19.7.93, in SWB 20.7.u. 22.7.93) Im 1.Quartal 1993

machte die Steigerung des Einzelhandelspreisindex 8,6% aus. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 20.6.93, in SWB 21.7.93) -schü-

*(25)

16-Punkte-Programm zur Bekämpfung der aktuellen Wirtschaftsprobleme

Seit der Ankündigung wirtschaftlicher Korrekturmaßnahmen war in den westlichen Medien stets von einem 16-Punkte-Programm der Regierung die Rede. Allerdings wurde das Dokument Nr. 6, das diese 16 Punkte enthalten soll, noch nicht offiziell veröffentlicht. In einem Artikel der Hongkonger *Jingji Ribao* vom 8.Juli d.J. (in SWB, 23.7.93) wird der Inhalt des Dokumentes Nr. 6 vorgestellt, das am 2.7.93 vom ZK der KPCh in Umlauf gegeben worden sein soll. Im folgenden wird dieser Artikel wiedergegeben.

"Das vom ZK der KPCh erstellte Dokument Nr. 6 weist zunächst auf die derzeitigen wirtschaftlichen Problemfelder hin. Hierzu zählen:

1. Die Geldmenge ist wesentlich zu hoch, und die Geld- und Kreditsituation ist chaotisch.
2. Die Finanzprobleme haben sich verschärft, und zwischen Januar bis Mai entstand ein negativer Saldo von Einnahmen und Ausgaben im Haushalt in Höhe von 1,12 Mrd.Yuan.
3. Die Wachstumsrate der Industrieproduktion ist deutlich zu hoch, das Angebot von Elektrizität und Erdöl ist nicht ausreichend, und die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage weitet sich aus.
4. Die Güterpreise steigen, und die Inflation hat sich verschärft. Die landesweite Inflationsrate betrug in den ersten fünf Monaten 11,2%.
5. Der Güterpreisanstieg ist für einfache Arbeiter nicht mehr zu verkraften.

Um die derzeitigen Probleme zu lösen, wird im Dokument Nr.6 gefordert, die folgenden Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Zunächst muß nach Vereinheitlichung in der ideologischen Sichtweise gestrebt werden, insbesonde-

re im Verständnis der Probleme der akuten wirtschaftlichen Entwicklung. Die führenden Mitglieder auf allen Ebenen sollen sich in dieser Hinsicht ein klares und einheitliches Verständnis aneignen.

2. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit der Beschleunigung der Reformen widmen. Unsere derzeitigen Anstrengungen, ein zufriedenstellendes Entwicklungstempo aufrechtzuerhalten und die von der Zentrale festgelegten Kontroll- und Regulierungsmaßnahmen, haben beide das Ziel, das Tempo der Reformen und der Öffnung nach außen zu beschleunigen.
3. Es ist unumgänglich notwendig, sowohl ökonomische als auch administrative Mittel zur Kontrolle und Regulierung der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung einzusetzen.

Das Dokument Nr.6 weist darauf hin, daß die zentrale Führung zur Umsetzung der oben genannten Ziele einer Kontrolle und Regulierung der Wirtschaft die folgenden 16 konkreten Maßnahmen festgelegt hat:

1. Es wird eine strikte Kontrolle über das Geldangebot durchgeführt, um die monetäre Situation zu stabilisieren und um Geldströme größeren Umfangs in Zaum zu halten.
2. Interbanken-Kredite werden strikt untersagt.
3. Es ist erforderlich, flexible Zinssätze als Hebel einzusetzen, die Spareinlagen bei den Banken zu erhöhen und die Zinssätze im Juli erneut anzuheben.
4. Es werden entschiedene Maßnahmen durchgesetzt, um willkürliche [illegale?] Finanzierungsmethoden [auf dem Geld- und Kapitalmarkt] zu unterbinden. Die Zinssätze für Kapital dürfen nicht das Niveau der Nominalzinssätze auf Spareinlagen der Banken übersteigen. Es werden Untersuchungen typischer Fälle durchgeführt, in denen willkürliche Finanzierungsmethoden angewandt wurden.
5. Die makroökonomische Kontrolle über Geldangebot und Kredithöhe wird verstärkt.

6. Die Spezialbanken müssen die volle Einzahlung von Spareinlagen garantieren [?] und einen Maßnahmenkatalog ausarbeiten, um ihre gemeinsamen Probleme bei der Auszahlung von Spareinlagen zu lösen.
7. Finanzinstitute und andere von Banken betriebene Unternehmen müssen innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums voneinander getrennt werden.
8. Die Reform des Geld- und Kredit-systems soll gleichzeitig mit der Reform des Investitionssystems durchgeführt werden.
9. Der Verkauf von Staatsobligationen soll innerhalb eines vorgegebenen Zeitraumes realisiert werden. Die Emission von Obligationen und Aktien muß in strikter Übereinstimmung mit den entsprechenden Bestimmungen erfolgen. Die Arbeiter und Angestellten von Unternehmen haben sich beim Kauf von Aktien ihrer Unternehmen an die relevanten Bestimmungen zu halten. Keinem Unternehmen darf es erlaubt sein, interne [unternehmensintern zirkulierende] Aktien auszugeben.
10. Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um die Devisenverwaltung zu verbessern.
11. Die makroökonomische Kontrolle über den Grundstücks- und Immobiliensektor ist zu verstärken. Es erfolgt eine landesweite Überprüfung, um Entwicklungsprojekte mit unzureichender Finanzierung aufzuspüren und brachliegenden Boden zurückzunehmen. Wenn Boden bereits in Anspruch genommen wurde, wird dieser dann zurückgenommen, wenn ein Jahr nach Beginn der Bodennutzung weniger als 25% der Gesamtinvestitionen [für das Projekt] durchgeführt wurden.
12. Um die Nachfrage der Institutionen [Verwaltungen u.a. staatliche Einheiten] zu beschränken, werden die Regierungsausgaben um 20% gekürzt. Es werden keine Genehmigungen mehr für den Import von Kfz [für diese Institutionen] in der 2.Jahreshälfte erteilt.
13. Mit Ausnahme der bereits angekündigten [begonnenen] Preisreformen werden weiter vorgesehene Preisreformen ausgesetzt.
14. Es muß sichergestellt werden, daß ausreichende Finanzmittel für den Ankauf von Sommergetreide und für die Frühjahrssaat vorhanden sind; die weitere Ausgabe von Schuldscheinen an die Bauern wird untersagt.
15. Der Umfang der Infrastrukturprojekte muß unbedingt beschnitten werden.
16. Die zentrale Führung wird Untersuchungsgruppen in die Regionen entsenden, um die chaotische Situation im Geld- und Kreditbereich wieder in Ordnung zu bringen."
- schü-
- * (26)
Einsparungen vorgesehen, um Haushaltsdefizit zu beschränken
- Finanzminister Liu Zhongli erklärte auf der landesweiten Arbeitskonferenz zur Finanzsituation am 20.7.93, daß die Beschneidung öffentlicher Ausgaben bis Ende d.J. Dreh- und Angelpunkt für die Unterstützung der staatlichen Schlüsselprojekte und für die Begrenzung des Haushaltsdefizits innerhalb des geplanten Rahmens sei. Das Finanzministerium wird Verwaltungen, staatlichen Verlustunternehmen und Unternehmen mit Steuerschulden in der 2.Jahreshälfte keine Genehmigungen mehr zum Kauf von Kfz und tragbaren Telefonapparaten erteilen. Eine strengere Kontrolle wird beim Kauf von acht besonders hochwertigen Konsumgütern wie beispielsweise Klimageräten und Fotoausrüstungen angewandt.
- Von den lokalen Verwaltungseinheiten forderte Liu Zhongli, Ausgaben für Konferenzen um 20% zu beschneiden und nicht die lokale Haushaltsplanung für den Kauf von Büromaschinen zu überschreiten. In diesem Jahr wiesen bereits neun Provinzen Defizite auf, die den Haushaltsvorschriften zuwider laufen.
- Während die Zuwachsraten der Staatseinnahmen im 1.Halbjahr d.J. nur relativ gering war, erhöhten sich die Aus-
- gaben rasant; die Verwaltungsausgaben stiegen allein um 27,1%. Die Einnahmen beliefen sich auf insgesamt 164,55 Mrd.Yuan (+3,5%) und die Ausgaben auf 161,9 Mrd.Yuan (+12,5%). (Xinhua News Agency in English, 20.7.93, in SWB, 22.7.93) -schü-
- * (27)
Zentralregierung will Steuerpraxis stärker kontrollieren
- Auf einer landesweiten Konferenz der Leiter der Steuerbehörden am 20.7.93 stand die Umsetzung der vom ZK und vom Staatsrat beschlossenen Politik der Verstärkung der makroökonomischen Kontrolle im Vordergrund. Wichtige Themen auf der Konferenz waren in diesem Zusammenhang u.a. die Analyse der Probleme bei der Durchführung der Arbeit der Steuerbehörden, die strenge Befolgung von Gesetzen und Disziplinvorschriften, die Stärkung der Steuerverwaltung sowie die Erfüllung der diesjährigen Steuereinnahmenplanung.
- Das Steueraufkommen aus Industrie- und Handelssteuern gab Jin Xin, Leiter der Zentralen Finanzämter, für das 1.Halbjahr 1993 mit 141 Mrd.Yuan an, ein Anstieg um 12,4% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Damit sei der Plan für die ersten Monate in einem Umfang von 47,6% erfüllt. (Insgesamt sieht die Haushaltsplanung für 1993 Steuereinnahmen in Höhe von 346 Mrd.Yuan vor.)
- Als aktuelle Probleme bei der Durchführung der Arbeit der Steuerbehörden nannte Jin Xin, daß eine Reihe von Funktionären in den Steuerbehörden nur eine unklare Vorstellung über die Bedeutung der Stärkung der makroökonomischen Kontrolle aufweise. In einigen Regionen seien Verstöße gegen Gesetz und Disziplin wie Steuerhinterziehung, Verweigerung von Steuerzahlungen, Steuerbetrug, Umgehung von Steuern und andere Delikte in größerem Umfang anzutreffen und würden die Steuereinnahmen erheblich reduzieren. In manchen Gebieten sei die Situation noch schlimmer. Eine kleine Gruppe von Steuerbeamten würde die Gesetze nicht strikt anwenden und sogar ihre Machtposition zum eigenen Vorteil einsetzen.

Jin Xin betonte, daß Verstößen gegen die Steuergesetze verschärft nachgegangen und die Steuerverwaltung verstärkt werde. Der Schwerpunkt der Aktivitäten der Steuerbehörden werde in der nächsten Zeit auf die Besteuerung von Selbständigen, sino-ausländischen Joint Venture, auf Steuerrückerstattung für Exporteure und auf die individuelle Einkommensbesteuerung gelegt werden. (JJRB, 22.7.93)

Wie die Xinhua Nachrichtenagentur meldet, soll Jin Xin auf der Konferenz auch die Durchführung einer landesweiten Kampagne zur Überprüfung eingeräumter Steuerbegünstigungen für die zweite Jahreshälfte angekündigt haben. Die Zentralregierung werde bis Ende d.J. keine neuen Bestimmungen über Steuererleichterungen oder -befreiungen beschließen und Anträge auf Steuererleichterungen auch nicht bei finanziellen Problemen oder als befristete Maßnahmen genehmigen. Die Steuerverwaltungen auf unterster Ebene müßten darauf achten, daß Unternehmen, deren Zeitraum für Steuererleichterungen abgelaufen sei, den vorgeschriebenen Steuersatz entrichteten. Trotz der wiederholten Anweisungen der Zentralregierung, hätten einige Lokalverwaltungen nicht genehmigte Steuererleichterungen und -befreiungen eingeräumt, die zusammen mit Verzögerungen bei der Steuerablieferung zum Rückgang der Steuereinnahmen geführt hätten. Die wesentlich geringere Zuwachsrates der Steuereinnahmen im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate habe die makroökonomische Steuerungsfähigkeit der Zentralregierung geschwächt.

Auch Finanzminister Liu Zhongli forderte strengere Kontrollen über die Einräumung von Steueranreizen. Die von den Lokalregierungen ohne Zustimmung der Zentralregierung erlassenen Steuervergünstigungen für ausländische Unternehmen oder für nicht genehmigte Industrieentwicklungszonen würden als nichtig angesehen. (XNA, 21.u.22.7.93) -schü-

*(28)

Emission der Staatsanleihen 1993 nur durch Zwangsverkauf beendet

Die *Jingji Ribao* berichtet am 18.7.93, daß die für dieses Jahr geplante Ausgabe von Staatsanleihen mit einem Volumen von 30 Mrd. Yuan zum 16.7.93

beendet werden konnte. Da bis zum ursprünglich geplanten Emissionsende am 15.4.93 lediglich 15% und Ende Mai erst 28% der Staatsanleihen verkauft waren, wurde die Ausgabefrist bis zum 15.7.93 verlängert. Außerdem erfolgte eine Annäherung der Nominalzinsen der Wertpapiere an die Inflationsrate, so daß für dreijährige Anleihen nunmehr eine Verzinsung von 14,06% statt 12,52% und für fünfjährige Anleihen von 15,86 statt 13,96% gilt. (XNA, 11.7.u. 18.7.93; ASWJ, 19.7.93)

Allerdings war die Erhöhung der Nominalzinsen nicht der entscheidende Grund für die zügige Beendigung der Emission in den letzten Wochen. So wurde auf Anweisung der Zentralregierung die Ausgabe von anderen Wertpapieren bis zum 15.7.93 gestoppt und der Verkauf an Beschäftigte in Staatsbetrieben und an Selbstständige zwangsweise durchgeführt. Nach Angaben der Tianjiner *Caifang Ribao* hätten rund 50 Mio. Beschäftigte in den Staatsbetrieben 100 Yuan-Anleihen und rund 14 Mio. Selbstständige 500 Yuan-Anleihen kaufen müssen. (Kyodo News Service, Tokyo, in English, 17.7.93; in SWB, 20.7.93)

Die *South China Morning Post* berichtet am 8.7.93 ebenfalls von Rückgriffen auf einen zwangsweisen Verkauf von Anleihen. So sollen Geschäftsleute vom Amt für Industrie und Handel telefonisch angewiesen worden sein, Anleihen zu kaufen. Bei einer Nichtbefolgung soll ihnen angeblich mit nicht näher bezeichneten Konsequenzen gedroht worden sein.

Bei der Umsetzung der zwangsweisen Verkäufe von Staatsanleihen an Beschäftigte wurden unterschiedliche Wege beschritten. So sollen manche Staatsunternehmen den Beschäftigten statt ihres monatlichen Gehaltes direkt Anleihen ausgehändigt haben, manche Unternehmen forderten ihre Angestellten auf, mit dem Gehalt Anleihen zu kaufen, und wiederum andere Unternehmen kauften zunächst Staatsanleihen im Namen der Beschäftigten, die dann monatliche Ratenzahlungen an das Unternehmen zu leisten haben.

Nachdem Zhu Rongji als eine der notwendigen Maßnahmen Ende Juni die unbedingte Durchsetzung der geplanten Emission der Staatsanleihen gefordert hatte, standen die Provinzre-

gierungen unter einem starken Erfüllungsdruck. In der Provinz Henan beispielsweise führte die Regierung eine Telefonkonferenz mit den Ministerien der Provinz und den Verwaltungen auf lokaler Ebene am 6.7.93 durch. Bis zum 5.7.93 war von dem Emissionsvolumen in Höhe von 501 Mio. Yuan, das der Provinz von der Zentralregierung zugeteilt worden war, lediglich ein Anteil von 40,7% ausgegeben. Die Provinzregierung drängte demnach auf eine Erfüllung bis zum 15.7.93 mit täglichen Berichten über den Stand der Emission. Als notwendige Maßnahmen wurden u.a. auch die Industrie- und Handelsämter auf allen Ebenen angewiesen, den Verkauf bei Selbständigen und privaten Unternehmen durchzusetzen. (Henan People's Broadcasting Station in Standard Chinese, 7.7.93; in SWB, 15.7.93) Ähnliches wird über die Provinz Gansu berichtet, die am 30.6.93 eine Telefonkonferenz mit den entsprechenden Abteilungen abgehalten hat, um notwendige Maßnahmen zur Realisierung der fristgerechten Emission festzulegen. (Gansu People's Broadcasting Station in Standard Chinese, 1.7.93; SWB, 9.7.93)

Das Experiment mit Übernahmekonsortien, die als Primärhändler den Verkauf von Staatsanleihen durchführen, scheint jedoch auch weiterzugehen. So meldet die IHT am 22.7.93, daß 19 Finanzinstitute zugelassen wurden, die Staatsanleihen mit einem Volumen von 2 Mrd. Yuan an Investoren direkt verkaufen können. -schü-

*(29)

Untersuchungsgruppen zur Umsetzung der neuen wirtschaftspolitischen Vorgaben gehen in die Provinzen

Einem Beschluß des ZK und des Staatsrats von Anfang Juli d.J. zufolge wurden 10 Untersuchungsgruppen in 20 Provinzen, autonome Regionen und regierungsunmittelbare Städte gesandt, um die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Vorgaben der Zentrale auf lokaler Ebene zu überwachen. (Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 10.7.93, in SWB 13.7.93). Radio Tianjian meldet beispielsweise das Eintreffen der aus neun Mitgliedern bestehenden Untersuchungsgruppe in der Stadt am 15.7.93. (Tianjin People's Broadcasting Station in Standard Chinese, 16.7.93, in SWB, 23.7.93)

Nach Angaben der *Wen Hui Bao* vom 15.7.93 wurde den Provinzen eine Frist von 10 Tagen gesetzt, um die Vorgaben der Zentralregierung umzusetzen. Die Mitte Juli ausgesandten Untersuchungsgruppen sollen nach ihrer Rückkehr der Zentrale ausführliche Berichte über die Implementation der Maßnahmen vorlegen, die als Grundlage für weitere Entscheidungen dienen werden. Die Zentrale soll angeblich betont haben, daß bei Widerständen auf lokaler Ebene die Verantwortlichen umgehend abgesetzt würden. (*Wen Hui Bao*, Hongkong, in Chinese, 15.7.93, in SWB, 16.7.93)

Die Hongkonger *Ming Bao* berichtet, daß sich die Untersuchungsgruppen aus Vertretern folgender Organisationen zusammensetzten: Organisationsabteilung des ZK, Zentrale Disziplinarkommission, Staatliche Planungskommission, Ministerium für Außenhandel und wirtschaftliche Kooperation, Finanzministerium, Zentralbank, Ministerium für Wohnungsbau, Staatliches Amt für Devisenverwaltung und das Landwirtschaftsministerium. Die Untersuchungsgruppen hätten die Aufgabe, die Umsetzung der 16 Maßnahmen zur Eindämmung der Konjunkturüberhitzung, die im ZK-Dokument Nr.6 enthalten sind, sowie die Beschlüsse der landesweiten Finanzkonferenz zu überwachen. (*Ming Bao*, Hongkong, in Chinese, 11.7.93, in SWB, 16.7.93) -schü-

*(30)

Stehen die Provinzen hinter der Zentralregierung bei der Durchführung der Konjunkturabbremung?

Die *South China Morning Post* weist in einem Beitrag am 4.7.93 auf mögliche Widerstände gegen die Vorgaben der Beijinger Zentralregierung zur Eindämmung der Konjunkturüberhitzung hin. Betrachtet wird dies Problem mit Blick auf die Situation in der Provinz Guangdong.

Problematisch sei nicht nur die unterschiedliche Einschätzung der wirtschaftlichen Situation durch die Lokalregierungen, sondern auch die Tatsache, daß der überwiegende Teil der Wirtschaft nicht mehr dem direkten Einfluß der Regierung unterliege und nichtstaatliche Unternehmen über ausreichende Finanzmittel zur weiteren Expansion ihrer Aktivitäten verfügten.

Nach Einschätzung westlicher Beobachter sei die Reaktion auf die gestiegene Inflation entspannter und würde bei der Regierung keine größere Beunruhigung hervorrufen. Regierungsvertreter in Guangdong argumentierten außerdem, daß bereits Schritte zur Abbremsung der überhitzten Wirtschaft durch die Konzentration auf Bereiche mit dem stärksten Inflationsdruck eingeleitet worden seien.

So habe man bereits eine stärkere Kontrolle über die Kreditvergabe im Immobiliensektor durchgeführt sowie bei der Genehmigung von Landnutzungsrechten. Vor kurzem sei auch entschieden worden, rund 100 Entwicklungszonen zusammenzuschließen, um den Boom im Grundstücks- und Bausektor abzukühlen. Weiterhin wurde darauf verwiesen, daß die Inflation zu zwei Dritteln saisonal und strukturell bedingt sei - einerseits ausgelöst durch höhere Lebensmittelpreise in den Wintermonaten und andererseits durch das unzureichende Transportnetz, das für die Lieferungsverzögerungen verantwortlich sei. Guangdong habe außerdem ausreichende Finanzmittel für die Landwirtschaft bereitgestellt und sei im Gegensatz zu vielen anderen Provinzen nicht gezwungen gewesen, den Bauern Schuldscheine anstatt Bargeld für den staatlichen Ankauf von Landwirtschaftsprodukten auszuhändigen.

Auch die strukturellen Veränderungen in der Wirtschaft Guangdongs, in der der staatliche Anteil noch auf rund 30% geschätzt wird, würden die Durchsetzung restriktiver Vorgaben der Zentralregierung gegenüber Guangdong insgesamt und der Lokalregierung Guangdongs gegenüber dem kollektiven und privaten Sektor erschweren. Selbst wenn die Regierung eine globale Kreditverknappung durchsetzen würde, könnten viele Unternehmen sich weiterhin Kapital beschaffen, entweder durch die legale oder illegale Ausgabe von Anleihen und Aktien oder über informelle Kanäle außerhalb des Bankensystems. Außerdem würden viele Unternehmen, selbst staatseigene Unternehmen, über größere Devisenreserven verfügen, so daß sie notwendige Rohstoffe für eine Produktionsausweitung bei knappen Inlandsangebot importieren könnten.

Daß die Lokalregierungen eine andere Einschätzung über die wirtschaftliche Situation haben, zeigt auch das Bei-

spiel der Provinz und Sonderwirtschaftszone Hainan. So soll der Provinzgouverneur Ruan Chongwu erklärt haben, daß Hainans Konjunktorentwicklung nicht als überhitzt bezeichnet werden könne und deshalb an Kreditverknappung nicht gedacht würde; eine solche Maßnahme müßte abhängig von der lokalen Situation gemacht werden. Auch hätte Hainan weiterhin ein hohes Wachstumstempo zu verfolgen, um Anschluß an das Entwicklungsniveau der übrigen Provinzen zu bekommen.

Tatsächlich jedoch fand in Hainan in den letzten Jahren ein starker Wirtschaftsboom mit einer Wachstumsrate von allein 22,4% im letzten Jahr statt, die Inflationsrate liegt bei 20%. Ausgelöst wurde das Wirtschaftswachstum in erster Linie durch spekulative Investitionen aus anderen Provinzen mit Schwerpunkt im Immobilien- und Wertpapierbereich und in längerfristigen Industrieprojekten. Nach Einschätzung Hainaner Regierungsbeamter betrogen derartige Investitionen, insbesondere von Banken, Unternehmen sowie Ministerien der Zentral- und Provinzregierungen vor allem aus Beijing, Sichuan, Guangdong, Jiangsu und Hunan seit Ende der 80er Jahre rund 20 Mrd. Yuan.

Solche Investitionen in Hainan und anderen Küstenregionen führten zu Kapitalknappheit bei den Banken, denen aus diesem Grunde auch Finanzmittel für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte und für Infrastrukturprojekte fehlten. Da die Zentralregierung nunmehr die Banken angewiesen hat, überfällige kurzfristige Kredite zurückzurufen, die zu einem großen Teil zum Investitionsboom beigetragen haben, wird auch in Hainan mit entsprechenden Auswirkungen gerechnet. Allerdings wird nicht erwartet, daß das Interesse von Unternehmen aus anderen Provinzen nachlassen wird, die aufgrund der günstigen Investitionsbedingungen und einem Steuersatz von 15% (staatliche Unternehmen zahlen 55%) Kapital in Hainan anlegten. (ASWJ, 13.7.93) -schü-

*(31)

Anstieg der Arbeitslosigkeit befürchtet

Einem Bericht der *China Daily* vom 28.7.93 zufolge wird mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr gerechnet. Zwar wird die offizielle Ar-

beitslosenquote (städtische Beschäftigte) mit 2,3% (1992) angegeben, doch soll sich die Arbeitslosenzahl bis Ende Juni d.J. um 9,1% auf 3,6 Mio. erhöht haben. Eine Verschlechterung der Beschäftigungssituation wird vor allem als Folge der wirtschaftspolitischen Abbremsmanöver mit Verknappung der Geldmenge und stärkerer Kontrolle über den Bau- und Immobilienmarkt erwartet.

Die Zahl der Arbeiter und Angestellten in den Städten wird für Ende Mai mit 146,77 Mio. angegeben, ein Rückgang um 1,145 Mio. seit Anfang d.J. Die staatlichen Betriebe reduzierten ihre Beschäftigtenzahl um 733.000 auf 108,159 Mio. Von der Gesamtzahl der hier Beschäftigten haben 74,646 Mio. (-964.000) Arbeiter und Angestellte eine feste Anstellung, 21,161 Mio. (+576.000) sind über Arbeitsverträge eingestellt und der Rest sind Zeitarbeiter.

Auch die kollektiveigenen Unternehmen reduzierten ihre Beschäftigtenzahl. Seit Anfang des Jahres bis Ende Mai ging die Beschäftigtenzahl um 345.000 Personen auf 12,349 Mio. zurück. Dagegen erhöhten die Unternehmen mit Auslandskapital sowie die privaten Unternehmen ihre Beschäftigtenzahl um 210.000 Personen, so daß hier der Beschäftigtenstand Ende Mai 3,028 Mio. betrug.

Die Lohnsumme in den ersten fünf Monaten d.J. erhöhte sich um 20,3% im Vergleich zur Vorjahresperiode und machte 165,99 Mrd. Yuan aus. Der Anteil der von staatlichen Unternehmen gezahlten Löhne betrug 130,1 Mrd. Yuan (+20,5%), der kollektiveigenen Unternehmen 30,88 Mrd. Yuan (+15%) und der privaten Unternehmen und Unternehmen mit Auslandskapital 5,11 Mrd. Yuan (+56,7%).

Vor dem Hintergrund eines erwarteten Anstiegs der Arbeitslosigkeit wird vom Arbeitsministerium die Schaffung neuer Arbeitsplätze als dringliche Aufgabe angesehen. Vorgesehen sind beispielsweise Anreize für Unternehmen, die Arbeitsplätze bereitstellen; so sollen diesen beispielsweise Erleichterungen beim Zugang zu staatlichen Krediten sowie Steuerreduzierung oder -befreiung eingeräumt werden. Außerdem soll ein nationaler Arbeitslosen-Versicherungsfonds in den nächsten zwei Jahren gegründet werden. Bisher soll

sich die Zahl der städtischen Beschäftigten, die in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen wurden, auf rund 74 Mio. Personen belaufen. (XNA, 29.7.93) -schü-

*(32)

NE-Industrie plant drastischen Beschäftigungsabbau

Innerhalb der kommenden sieben Jahre will die NE-Metallindustrie die derzeitige Beschäftigtenzahl von 1,01 Mio. um rund ein Drittel reduzieren, um die Produktivität zu erhöhen und die Kosten zu senken.

Nach Angaben von Fei Ziwen, Präsident der China National Nonferrous Metals Industry Corporation (CNNC), behindere die zu hohe Beschäftigtenzahl die Entwicklung der NE-Industrie. Im Vergleich zu ausländischen Unternehmen weise die NE-Industrie nur ein Zentel der Produktivität auf.

Die freigesetzten Arbeitskräfte sollen in Dienstleistungsunternehmen und in anderen gewinnversprechenden Betrieben beschäftigt werden, die von den Tochtergesellschaften der CNNC als kollektiveigene Unternehmen gegründet werden. Überschüssige Arbeitskräfte sollen auch dazu ermutigt werden, sich als Selbständige niederzulassen.

Fei Ziwen weist darauf hin, daß der Arbeitsplatzabbau zunächst in einigen Unternehmen der CNNC versuchsweise durchgeführt und dann auf die übrigen Unternehmen schrittweise ausgedehnt werden soll.

Für das erste Halbjahr 1993 meldet die CNNC neben der Ausweitung der Produktion auch eine Steigerung des Verkaufsumsatzes und des Gewinns vor Steuern. Der Output an NE-Metallen erhöhte sich um 8,5% (1,5 Mio.t), der Umsatz um 24% (16,91 Mrd. Yuan) und der Gewinn vor Steuern um 35,62% (2,05 Mrd. Yuan). Der Verluste der Unternehmen sanken gleichzeitig um 36,02 Mrd. Yuan. (Keine Angaben über Gesamthöhe der Verluste.) (CD, 12.7.93) Die Verbesserung der Gewinnsituation kann wohl auch auf die Freigabe der Preise für die zehn wichtigsten NE-Metallsorten zurückgeführt werden. -schü-

*(33)

Regierungsverwaltungen sollen Beschäftigtenzahlen reduzieren

Einen Abbau der Beschäftigung um 25% bis 1995 nannte Staatsratskommissar Luo Gan als Ziel für die Lokalregierungen im Rahmen des Anfang d.J. begonnenen Programms zur Umstrukturierung der Regierungsverwaltungen. Auf der Ebene der Zentralverwaltung soll die Reduzierung der Beschäftigten bis Ende Dezember d.J. erreicht werden.

Innerhalb der kommenden drei Jahre sollen die Provinz- und Kreisregierungen rund 2 Mio. Beschäftigte entlassen. Luo Gan zufolge könnten manche Regierungsverwaltungen versucht sein, die ihnen zugewiesene Quote dadurch zu umgehen, daß sie bestimmte Verwaltungsabteilungen in Unternehmen mit administrativen Aufgabenstellungen umwandelten. Diese Praxis sollte streng unterbunden werden. Überschüssige Arbeitskräfte der Regierungsverwaltungen sollten vielmehr versuchen, in der Industrie und im Dienstleistungssektor eine neue Beschäftigung zu finden. (CD, 22.7.93) -schü-

Taiwan

*(34)

Fluktuation in der militärischen Führung

Das Personalkarussell der militärischen Führung hat sich im Berichtsmonat wieder einmal gedreht. General Li Zhenglin (Li Cheng-lin, 60) löste General Chen Tingchong (Ch'en T'ing-ch'ung, 62) als Oberbefehlshaber des Heeres ab und General Wang Wenxie (Wang Wen-hsieh, 61) übernahm das Oberkommando der Logistik von General Luo Benli (Lo Pen-li, 64). Chen wurde zum privaten Militärberater des Präsidenten - ein Amt ohne großen Einfluß - ernannt. Luo erhielt den Posten des stellvertretenden Generalstabschefs (LHB, 3. und 28.7.93)

Politischen Beobachtern zufolge hat Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) durch die erneute Personalfuktuation